



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND VERWALTUNG

am Dienstag, 10.11.2009

ÖFFENTLICH

TOP 1 Finanzzwischenbericht über die Abwicklung des Vorl.Nr. 445/09
Haushaltsjahres 2009
I.-III. Quartal 2009 (01.01.2009-30.09.2009)

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist OBM **Spec** auf den dem Gremium vorliegenden Finanzzwischenbericht über die Abwicklung des Haushaltsjahres 2009, I.-III. Quartal, Vorl.Nr. 445/09.

Nachfolgend erläutert Herr **Kistler** (FB Finanzen) die Vorlage und geht zunächst auf die Entwicklungen der Einnahmen- und Ausgabenseite des Verwaltungshaushaltes ein. Als Ergebnis könne man im Verwaltungshaushalt in der Summe mit einer Verbesserung von rund 2,5 Mio. Euro rechnen. Er geht im Anschluss auf die Entwicklung des Vermögenshaushalts ein. Aufgrund sich verschiebender Kaufentscheidungen bei den Grundstücksverkäufen ins Jahr 2010 müsse man mit Mindereinnahmen von bis zu 10 Mio. Euro rechnen. Eine Kreditaufnahme im Haushalt 2009 sei nicht vorgesehen. Als Fazit für den Vermögenshaushalt sei aufgrund etlicher offener Verfahren insbesondere im Grundstücksverkehr derzeit keine gesicherte Zahl möglich. Mögliche Verschiebungen seien schon im Haushalt 2010 mitberücksichtigt. Neben der eingeplanten Rücklagenentnahme von 13 Mio. Euro könnten aufgrund dieser Unabwägbarkeiten weitere Rücklagenentnahmen erforderlich sein.

In der nachfolgenden Aussprache sieht Stadträtin **Kreiser** aufgrund der Darstellungen nicht die besten Vorzeichen für das neue Jahr. Dies müsse im neuen Haushalt mitberücksichtigt werden.

Nachfolgend machen OBM **Spec** und Herr **Kiedaisch** auf Nachfragen der Stadträte **Weiss** und **Meyer** erläuternd Ausführungen in Bezug auf die Grundstücksvermarktung sowie die Rücklagenentnahme. Herr Kiedaisch erklärt, dass das vorläufige Ergebnis frühestens Ende Februar, Anfang März 2010 im vorläufigen Jahresabschluss zur Verfügung gestellt werden könnte. Details könnten im Zuge der Haushaltsplanberatungen beraten werden.

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 2 und 2.1, Vorl.Nr. 433/09 und 495/09 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Beratungsverlauf und Beschlussfassung siehe Tagesordnungspunkt 2.1, Vorl.Nr. 495/09.

Beschluss:

Der Neufassung der Sondernutzungssatzung mit Gebührenverzeichnis und den Richtlinien zur Sondernutzungssatzung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 2 und 2.1, Vorl.Nr. 433/09 und 495/09 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Unter einleitenden Ausführungen verweist OBM **Spec** auf die dem Gremium vorliegenden Beschlussvorlagen Nr. 433/09 und 495/09.

Auf die erste Beratungsrunde im Oktober 2009 verweisend führt Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) nachfolgend erklärend aus, dass in Anlage 4 der neuen Vorlage Nr. 495/09 nun die gesammelten Anregungen sowie die neu aufgenommenen Änderungen in rot dargestellt seien. Es werde außerdem eine Übergangsregelung und eine Testphase geben. Der Vorlage sei als Anlage eine schriftliche Stellungnahme des LUIS e.V. sowie des BDS beigefügt.

Frau **Boos** (FB Stadtplanung und Vermessung) erläutert daraufhin die erfolgten wesentlichen Änderungen anhand einer Powerpoint-Präsentation.

Herr **Hunke** (LUIS e.V.) führt aus seiner Sicht aus, man habe im Großen und Ganzen eine funktionierende Satzung. Er spricht sich dafür aus, in die Praxis zu gehen und die Erfahrungen dann mitzunehmen.

In der nachfolgenden Aussprache geht Stadtrat **Siegmund** nochmals insbesondere auf die Punkte Zulässigkeit der Volantwerbung bei Schirmen, keine Festlegung bei Zahl der Plakatafeln, Spielraum bei Abplakatierung, Verlängerung Aufstellungszeitraum bei Vereinen, 20 % Fremd-/Sponsorenwerbung bei Plakaten als Untergrenze, Kundenstopper sowie Gebührenregelung ein. Überlegung, die Satzung von der Gebührenordnung zu trennen.

Stadtrat **Dr. Bohn** spricht sich dafür aus, den Schritt zu wagen, da die Stadt dringend entrümpelt werden müsse. Nach der Erprobungsphase könne dann Resümee gezogen werden, was sich bewährt habe und was nicht.

Auch Stadtrat **Weiss** spricht sich mit Blick auf das Stadtbild dafür aus, die Sache jetzt gemeinsam anzugehen und dann Nachbesserungen vorzunehmen, wenn es notwendig ist.

Stadtrat **Heer** sieht als Ziel, eine attraktive Innenstadt zu haben, sowohl für Kunden als auch für Händler. Im Vergleich sieht er jedoch eine Bevorzugung insbesondere im Bereich der Gastronomie. Gleichzeitig hätten die Warenauslagen eine größere Präferenz als die Kundenstopper. Insofern müsse noch im Sinne einer stärkeren Gleichberechtigung nachjustiert werden.

Im weiteren Verlauf der Aussprache stellt Stadtrat **Meyer** für die CDU-Fraktion zum Thema Kundenstopper Seite 15 Ziffer 5.2 den Antrag, dass Kundenstopper für Dienstleistungs- und Einzelhandelsbetriebe, die keine Möglichkeit haben, ihre Ware anders zu präsentieren, ein Kundenstopper möglich sei.

OBM **Spec** stellt diesen abweichenden Antrag im Gremium zur Abstimmung. Dieser wird mit 7 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Auf Nachfrage von Herrn **Kurt** ist das Gremium mit Vorgaben der Gestaltung für die Kundenstopper seitens der Verwaltung einverstanden. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Gremium einen Gestaltungsvorschlag zur Abstimmung zu unterbreiten.

Bezug nehmend auf das Thema „Plakate für Vereine“ beantragt des Weiteren Stadtrat **Meyer** namens der CDU-Fraktion für die auf Seite 12 in Ziffer 5.1 b) im zweiten Teil der Ziffer 2 aufgeführten Veranstaltungen mit gemeinnützigem, sozialem, kulturellem, kirchlichem oder sportlichem Charakter oder sonstigem öffentlichem Interesse von den Antragstellern wie örtliche nichtgewerbliche Vereine, örtliche politische Parteien, Wählervereinigungen, Verbände, u. ä. sowie für Organisationen mit gemeinnützigem, sozialem, kirchlichem, kulturellem oder sportlichem Charakter, städtischen Einrichtungen und Gesellschaften, Behörden u. ä., eine Verlängerung des Aufstellungszeitraums von 10 auf 15 Tage.

OBM **Spec** stellt diesen abweichenden Antrag im Gremium zur Abstimmung. Dieser wird mit 9 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Herr **Hunke** (LUIS e.V.) äußert daraufhin seine Enttäuschung über diese Entscheidung bezüglich der Kundenstopper.

Die Situation erläuternd weist Frau **Knecht** (LUIS e.V.) auf die Wichtigkeit für die Gastronomie hin, die Übergangszeiten in den Frühjahrs- und Herbstmonaten im Außenbereich durch Heizstrahler zu verlängern.

Herr **Kurt** führt nachfolgend aus, dass ein Zulassen von Heizstrahlern auf öffentlicher Fläche den Zielen des Stadtentwicklungskonzeptes widerspreche und verweist in diesem Zusammenhang auf die Vorbildfunktion der Stadt.

Im weiteren Verlauf der Beratung stellt Stadtrat **Weiss** für die Fraktion der Freien Wähler zum Thema Heizstrahler Seite 9 Ziffer 3.1 letzter Punkt den Antrag, dass Heizstrahler bei gastronomischen Betrieben grundsätzlich genehmigungsfähig seien.

OBM **Spec** stellt diesen abweichenden Antrag im Gremium zur Abstimmung. Dieser wird mit 6 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Stadtrat **Kopp** erklärt, man halte die jetzige Vorlage als weitestgehend ausgewogen. Bezug nehmend auf Ziffer 5.2 Werbeständer (Kundenstopper) / Fahrradständer u. ä. mit Werbung stellt Stadtrat Kopp für die Fraktion Bündnis 90/Sie Grünen den Antrag, auf Seite 16 im rot markierten Absatz in Satz 1 den Begriff „Dienstleister“ mit auf zu nehmen, sodass neben Einzelhandel und Gastronomiebetriebe auch für Dienstleister in 2. Reihe, in Passagen oder außerhalb der Erdgeschosszone die Möglichkeit angeboten werden soll, auf einer „Passagenstele“ auf ihren Standort hinzuweisen. Außerdem soll unter Streichung des letzten Satzes anstelle dessen folgender Satz eingefügt werden: „Die Stadtverwaltung entwickelt aktiv den Standort und die Gestaltung der Stele.“

Herr **Kurt** teilt mit, dass mit der Entscheidung für die Kundenstopper dieser Absatz als Alternative zu den Kundenstoppem hinfällig sei und ersatzlos gestrichen werden könne.

Stadtrat **Hillenbrand** spricht sich dafür aus, die Kundenstopper so weit wie möglich zurückzunehmen. Bezug nehmend auf die Formulierung in Anlage 4 Seite 2 von 9, dass Sanktionen ebenfalls vorstellbar sind, bringt er seinen Wunsch zum Ausdruck, dass auch tatsächlich sanktioniert werde.

OBM **Spec** führt hierzu aus, dass der Beschluss eines neuen Regelwerkes selbstverständlich auch die Überwachung der Einhaltung beinhalte. Bei Nichtfunktionieren müssten mit geeigneten Mitteln die entsprechenden Schritte in die Wege geleitet werden. Er bestätigt, dass auch über Sanktionen nachgegangen werde.

Abschließend stellt OBM **Spec** die Vorl.Nr. 495/09 unter Berücksichtigung dieser Änderungen im Gremium zur Abstimmung.

TOP 3

Satzung des Bürgermeisteramts über das
Offenhalten von Verkaufsstellen
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 436/09

Beschluss:

Die nachstehende Satzung über das Offenhalten von Verkaufsstellen in der Ludwigsburger Innenstadt, am Sonntag, 21.03.2010 anl. des „Märzklopfens“, am Sonntag, 25.04.2010 anl. des „Autofrühlings“/„Pferdestärkenmarkts“, am Sonntag, 10.10.2010 anl. des „Kastanienbeutelfestes“, am Sonntag, 20.06.2010 anl. des „Kiesranzenfestes“ in Neckarweihingen, am Sonntag, 17.10.2010 anl. der 7. „Oldtimer-Sternfahrt“ in Ludwigsburg-Nord wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 16 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist einleitend auf die vorliegende Beschlussvorlage Nr. 436/09.

Es wird seitens des Gremiums weder ein Sachvortrag gewünscht noch findet eine Aussprache statt.

Abschließend stellt OBM **Spec** die Vorl.Nr. 436/09 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 4

"Außerdem - Kunst im öffentlichen Raum"
Ludwigsburg 2009: Rückbau der Skulpturen und
weiteres Vorgehen

Vorl.Nr. 493/09

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist OBM **Spec** auf die dem Gremium vorliegende Mitteilungsvorlage Nr. 493/09.

Herr **Raitel** (FB Kunst und Kultur) erläutert nachfolgend das Prozedere des Rückbaus der Skulpturen des Projektes „Außerdem - Kunst im öffentlichen Raum“ im Jubiläumsjahr und gibt daraufhin einen Ausblick auf das weitere Vorgehen im Jahr 2010.

In der nachfolgenden Aussprache sieht Stadträtin **Kreiser** das Projekt ebenfalls als Höhepunkt im Jubiläumsjahr. Im Zusammenhang mit der beabsichtigten Erhaltung zweier Kunstwerke für ein weiteres Jahr betont sie jedoch, insbesondere auf das Werk am Holzmarkt verweisend, die Notwendigkeit der Pflege der Kunstwerke. Außerdem sei im Hinblick auf die Publikation die Frage nach den Kosten zu beachten.

Stadträtin **Schittenhelm** zeigt sich erfreut, dass zwei Kunstwerke noch erhalten blieben. Sie macht darauf aufmerksam, dass so manches Objekt an einem anderen Standort ganz anders gewirkt hätte und anders aufgenommen worden wäre. Über die Publikation sei man erfreut, da hierauf dann aufgebaut werden könne.

Auf den Erfolg des Projektes Bezug nehmend führt Stadtrat **Rapp** aus, man habe mit der Kunst im öffentlichen Raum etwas Neues geschaffen. Wichtig sei, dies wie geplant auch in die Zukunft weiterzuführen. Man bitte außerdem, aktiv an der Suche nach einem Sponsor dranzubleiben.

Stadtrat **Dr. Heer** kann sich den positiven Aussagen nicht anschließen. Seine Erwartungen seien nicht erfüllt worden. Kunst im offenen Raum sollte sich seiner Ansicht nach an eine breitere Öffentlichkeit richten.

Stadtrat **Dr. Bohn** schlägt mit Blick auf die nächste Runde vor, zur Erklärung vor den Skulpturen ansprechende Hinweistafeln mit einer kurzen Beschreibung anzubringen.

Auf Fragen und Aussagen aus der Mitte des Gremiums eingehend stellt Herr **Raithel** abschließend zusammenfassend fest, dass insbesondere zu den Fragen der Evaluierung und Qualität im Frühjahr 2010 dann auch auf Basis von Auswertungen weitere Diskussionen geführt werden könnten.

TOP 5

Pferdemarkt im Jahr 2010 und fortfolgend
- Antrag der CDU-Fraktion vom 15.10.2009

Vorl.Nr. 474/09

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist OBM **Spec** auf den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion vom 15.10.2009, Vorl.Nr. 474/09 und macht Ausführungen in Bezug auf die gravierenden Auswirkungen der Finanzkrise auf die öffentlichen Haushalte.

Nachfolgend erläutert Herr **Schärer** (FB Wirtschaft, Medien, Tourismus) die Vorlage und stellt die Kosten für den Festumzug und Jubiläumsbeitrag für den Pferdemarkt 2009 sowie die Kostenplanung für den Pferdemarkt 2010 anhand von Folien dar. Man empfehle die Durchführung eines Festumzugs nur alle 2 Jahre, da sich somit nahezu kostenneutral ein qualitativ hochwertiger Pferdemarkt durchführen ließe.

OBM **Spec** führt auf die schwierige Haushaltssituation hinweisend aus, dass jährlich Einsparungen i.H.v. 8 bis 11 Mio. Euro vorgenommen werden müssten. Grundüberlegung der Verwaltung sei, die Venezianische Messe und den Pferdemarktsumzug jeweils in jährlichem Wechsel durchzuführen.

In der nachfolgenden Aussprache hält Stadtrat **Siegmund** die jährliche Durchführung des Pferdemarktes als traditionsreiches Stadtfest für sehr wichtig. Angesichts der Haushaltslage müsse man sich fragen, was man einsparen könne und den Pferdemarkt auch in einer anderen Größenordnung stattfinden lassen und sieht in der dargestellten Gegenüberstellung noch genügend Spielraum.

Stadtrat **Dr. Bohn** spricht sich dafür aus, die Überlegungen in Bezug auf die Art und Weise der Durchführung des Umzugs sowie die Fragestellung, ob Magnete auch ohne Umzug da seien, zur Diskussion in die Haushaltsberatung mit aufzunehmen und ein Gesamtpaket daraus zu machen.

Stadtrat **Weiss** spricht sich dafür aus, das Thema in die Haushaltsdebatte mit einzubringen. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, neben dem Kostenaspekt auch den wichtigen Gesichtspunkt der Attraktivität von Ludwigsburg zu berücksichtigen.

Stadtrat **Rapp** führt aus, dass in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten alle Ausgabenpositionen überprüft werden müssten. Er schlägt vor, als Konsolidierungsbeitrag ein Jahr auszusetzen. Er hält eine finanzielle Deckelung für wichtig und sieht noch Beratungsbedarf.

Stadtrat **Dr. Heer** sieht die Einsparungen im Vergleich zu dem, was zu leisten sei, als nicht sehr groß an und schlägt als Zeichen der Symbolik und zur Verdeutlichung der Lage vor, den Pferdemarkt 2010 nicht stattfinden zu lassen.

OBM **Spec** vermisst die Aussage, wo alternativ Einsparungen gemacht werden könnten. Entscheidend sei, ob eine Finanzierung aus laufenden Einnahmen möglich sei oder eine Rücklagenentnahme vorgenommen werden müsse.

Stadtrat **Siegmund** stellt den terminlichen Druck mit Blick auf die Planungssicherheit dar. Er erklärt sich mit der Beratung im Zusammenhang mit dem Haushalt einverstanden.

Stadtrat **Dr. Vierling** stellt fest, dass man die Einsparung von 100.000 Euro auf zwei Jahre betrachtet auch erzielen könne, indem man für jedes Jahr einen Betrag von 50.000 Euro festsetze, vorbehaltlich eines sinnvollen Konzept für eine qualitative Durchführung. Durch ein einmaliges Ausfallen des Pferdemarktes 2010 könnte man einen Konsolidierungsbeitrag leisten.

Stadtrat **Dr. Bohn** erläutert, dass es um die Qualität des Umzugs und um die Kosten gehe.

Nach weiterer Aussprache und erläuternden Ausführungen durch Herrn **Schärer** stellt OBM **Spec** verdeutlichend klar, dass es bei einer Umstellung auf einen zweijährigen Turnus nicht um den Pferdemarkt insgesamt sondern um den Umzug gehe. Er schlägt vor, die Frage des Umzugs in den Haushaltsplanberatungen nochmals zu diskutieren.

Stadträtin **Kopf** erklärt zu der Vorgehensweise, dass es den Pferdemarkt als Fest gebe und die Art und Weise des Umzugs im Rahmen der Haushaltsberatungen diskutiert werde, das Einverständnis ihrer Fraktion.

TOP 6

Verschiedenes

Beratungsverlauf:

Auf Wunsch von Stadtrat **Dr. Vierling** wird der öffentliche Teil der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung um den Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ erweitert. Er spricht in diesem Zusammenhang das Thema Öffentlichkeit und Nichtöffentlichkeit von Sitzungen sowie den Umgang mit Inhalten nichtöffentlicher Sitzungen an. Er betont, dass Inhalte nichtöffentlicher Sitzungen auch nichtöffentlich bleiben sollten. Er spricht sich des Weiteren dafür aus, nur noch zwingend erforderliche Tagesordnungspunkte nichtöffentlich zu beraten.

OBM **Spec** erläutert daraufhin den Sachverhalt. Er weist darauf hin, dass Ergebnisse nichtöffentlicher Beratungen der Presse bekanntgegeben werden könnten. Mit der Bekanntgabe an die Presse seien die Stadträte von der Verschwiegenheitspflicht befreit.